



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TransnetBW GmbH

Heilbronner Str. 51-55
70173 Stuttgart

Per E-Mail vorab: [REDACTED]

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
02.09.2021

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02/21-35

☎ (02 28)

[REDACTED]
oder 14-0

Bonn
02.11.2021

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S (BNA0514) am Standort Karlsruhe

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TransnetBW GmbH, Heilbronner Str. 51-55, 70191 Stuttgart, vertreten durch die
Geschäftsführung

- Antragstellerin -

unter Beteiligung

der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Schelmenwasenstr. 15, 70567 Stuttgart, vertreten
durch die Geschäftsführung

- Beigeladene -

wegen

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S
(BNA0514) am Standort Karlsruhe

...

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann, am 02.11.2021 entschieden:

Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S (BNA0514) am Standort Karlsruhe als systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 EnWG wird vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2025 genehmigt.

Gründe:

I.

Mit Schreiben vom 09.12.2016, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 14.12.2016, zeigte die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (im Folgenden: EnBW) gegenüber der Bundesnetzagentur sowie gegenüber der Antragstellerin an, dass die Anlage RDK 4S am Standort Karlsruhe (BNA0514), an der sie über einen Miteigentumsanteil von 75 Prozent verfügt, zum frühestmöglichen Zeitpunkt, unter Berücksichtigung der in § 13b Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 EnWG gesetzlich vorgeschriebenen Frist von 12 Monaten spätestens jedoch zum 09.12.2017 ohne Konservierungsmaßnahmen außer Betrieb genommen werden soll. Die Stadtwerke Karlsruhe GmbH, die über einen Miteigentumsanteil von 25 Prozent an der Anlage verfügt, erklärte in ihrem Schreiben vom 20.12.2016, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 21.12.2016, dass sie sich den Inhalt des Schreibens der EnBW vom 09.12.2016 zu eigen mache und gab eine entsprechende Stilllegungsanzeige ab.

Mit Schreiben vom 23.12.2016 erklärte die Antragstellerin, dass die verfahrensgegenständliche Anlage systemrelevant sei und beantragte gegenüber der Bundesnetzagentur die Genehmigung dieser Systemrelevanzausweisung. Die Bundesnetzagentur gab dem Antrag statt. Die Anlage befindet sich seither in der Netzreserve.

Mit Schreiben vom 27.01.2020, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tage, beantragte die Antragstellerin erneut die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S „nach Ablauf der gegenwärtig genehmigten Systemrelevanz“ am 31.03.2021 „bis mindestens zum 31.03.2023“. Diesen Antrag genehmigte die Bundesnetzagentur mit Bescheid vom 23.04.2020.

Mit Schreiben vom 02.09.2021, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 09.09.2021, beantragte die Antragstellerin die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S. Zur Begründung des Antrags führte sie aus, dass sich aus den Ergebnissen der Sys-

temanalysen der Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden: ÜNB) aus den Jahren 2020 (im Folgenden: BA 20) und 2021 (im Folgenden: BA 21) die Systemrelevanz von RDK 4S für den beantragten Zeitraum vom 01.04.2023 bis mindestens zum 31.03.2025 ergeben würde.

Die Nichtverfügbarkeit von RDK 4S würde in den bedarfsdimensionierenden Stunden der BA 20 im Betrachtungszeitraum t+5 (vom 01.04.2024 bis zum 31.03.2025) und der BA 21 im Betrachtungszeitraum t+3 (vom 01.04.2023 bis 31.03.2024) zu einem weiteren Anstieg des Bedarfs an gesichertem Redispatchpotenzial führen.

Die Antragstellerin führte weiterhin aus, dass die Durchführung topologischer Gegenmaßnahmen aufgrund der netztechnisch günstigen Anbindung des Netzverknüpfungspunktes Daxlanden wesentlich erleichtert werde. Zudem wirke der Einsatz von RDK 4S entlastend insbesondere auf die Kuppelleitungen „Goldgrund“ und „Germersheim Süd“ sowie das westdeutsche Übertragungsnetz im Allgemeinen. Durch die Entlastung der Kuppelleitungen Goldgrund und Germersheim Süd würde sich zudem förderlich für den Einsatz der Netzreservekraftwerke Weiher (BNA0820) und Bexbach (BNA0093) auswirken, da diese Kraftwerke bei hoher Auslastung der genannten Kuppelleitungen nicht effektiv bzw. gar nicht zum Redispatch herangezogen werden könnten. Des Weiteren könne die durch RDK 4S erzeugte Energie direkt in der Region um Karlsruhe verbraucht und hierdurch weiträumige Leistungsflüsse reduziert werden, sodass das Übertragungsnetz insgesamt wieder entlastet werden könne. Soweit erforderlich könnte die Gasturbine von RDK4 S im Solo-Betrieb mit ca. 150 MW betrieben werden und verfüge über eine sehr kurze Anfahrzeit, womit die Anlage flexibel und kurzfristig zur Deckung von Leistungsbedarfen eingesetzt werden könne.

Die Bundesnetzagentur leitete auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein.

Mit Schreiben vom 20.10.2021 gab die Bundesnetzagentur der EnBW Gelegenheit zur Stellungnahme. Mit Antwortschreiben vom 26.02.2020 erklärte diese, keine Einwände gegen die beabsichtigte Genehmigung der Systemrelevanzausweisung durch die Bundesnetzagentur für den Zeitraum vom 01.04.2023 bis 31.03.2025 zu haben.

Am 22.10.2021 erhielten das Bundeskartellamt sowie die zuständige Landesregulierungsbehörde gem. § 58 Abs. 1 Satz 2 EnWG die Möglichkeit, bis zum 29.10.2021 Stellung zur beabsichtigten Entscheidung der Bundesnetzagentur zu nehmen. Beide Stellen sahen von der Abgabe einer Stellungnahme ab.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S am

Standort Karlsruhe (BNA0514) ist beginnend ab dem 01.04.2023 bis zum Ablauf des 31.03.2025 stattzugeben, denn er ist zulässig und aufgrund des Vorliegens der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 13 Abs. 5 EnWG auch begründet.

- 1) Der Antrag ist zulässig. Insbesondere ist die Antragstellerin als systemverantwortlicher Übertragungsnetzbetreiber antragsbefugt. Die Erzeugungsanlage befindet sich in ihrer Regelzone und überschreitet mit einer Nettonennleistung von 353 MW den in § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG genannten Schwellenwert.
- 2) Der Kraftwerksblock RDK 4S am Standort Karlsruhe ist systemrelevant gem. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, denn seine Stilllegung würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.
 - a) Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlage in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, Spannung oder Stabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Dies stellt eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar. Diesbezüglich hat die Antragstellerin unter Verweis auf die einschlägigen Systemanalysen für den Winter 2023/2024 und für den Winter 2024/2025 zur Überzeugung der Bundesnetzagentur dargelegt, dass die verfahrensgegenständliche Anlage zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze bis zum 31.03.2025 benötigt wird. Denn ohne deren Verfügbarkeit zum strombedingten Redispatch kann die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden.

In den Systemanalysen wird unterstellt, dass kritische Netzsituationen häufig in sogenannten Starkwind-Starklast-Zeiten auftreten, d. h. in Zeiten, in denen eine hohe Windeinspeisung gleichzeitig zu einer hohen Stromnachfrage auftritt. Die synthetische Woche, aus der die für die Bestimmung des Redispatch- und Netzreservebedarfs maßgebliche bedarfsdimensionierende Stunde abgeleitet wird, wird derart parametrisiert, dass sie eine solche Starkwind-Starklastsituation darstellt.

Nach Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist die Systemrelevanz einer Anlage nach den zuvor beschriebenen Maßstäben dann anzunehmen, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.). Dies ist vorliegend der Fall und lässt sich anhand der

Feststellungen des Netzreservebedarfs der Bundesnetzagentur vom 30.04.2020¹ und vom 28.04.2021², bzw. den diesen Feststellungen zugrundeliegenden BA 20 und BA 21 belegen, die gemäß § 13b Abs. 2 Satz 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz von Kraftwerken herangezogen werden sollen.

Im Betrachtungszeitraum t+5 der BA 20 handelt es sich bei der Grenzsituation um die Stunde 273, im Betrachtungszeitraum t+3 der BA 21 um die Stunde 297. In beiden Stunden wird RDK 4S zum Redispatch eingesetzt und trägt mit einer Einspeisung in Höhe von 342 MW bzw. 340 MW zur Bedarfsdeckung bei.

Somit stünde den Übertragungsnetzbetreibern infolge einer stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der Anlage RDK 4S und der damit einhergehenden Reduzierung der Redispatch-Leistung im untersuchten Zeitraum von 2023 bis 2025 insgesamt zu wenig Redispatch-Leistung zur Verfügung, um das Übertragungsnetz in den betrachteten Netzsituationen unter Einhaltung des nach § 2 Abs. 2 NetzResV zu gewährleistenden Sicherheitsstandards zu betreiben.

- b) Zutreffend geht die Antragstellerin daher davon aus, dass die endgültige Stilllegung der Anlage RDK 4S am Standort Karlsruhe mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als *sicher* feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 89 f.). Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden. Würden die Netzengpässe, die durch den Einsatz von RDK 4S bewirtschaftet werden könnten, nicht behoben, könnten diese andernfalls zu einer thermischen Überlastung der Betriebsmittel der ÜNB

¹Bericht der Bundesnetzagentur über die Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2020/2021 sowie das Jahr 2024/2025 vom 30.04.2020, abrufbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/Feststellung_Reservekraftwerksbedarf_2020.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

²Bericht der Bundesnetzagentur über die Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2021/2022 sowie das Jahr 2023/2024 vom 28.04.2021, abrufbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/Feststellung_Reservekraftwerksbedarf_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

und damit auch in der Folge zu (örtlichen) Ausfällen des Netzes führen.

- 3) Es sind keine mildereren, gleich geeigneten Maßnahmen ersichtlich, um die im Falle einer Stilllegung der Anlage drohende Gefährdungslage zu beseitigen. Insbesondere wäre auch der alternative Einsatz des Kraftwerksblocks RDK 7 (BNA0518a) nicht tauglich, die unterstellte Nichtverfügbarkeit von RDK 4S zu kompensieren. Da auch RDK 7 in den bedarfsdimensionierenden Stunden 273 (BA 20) und 297 (BA 21) bereits mit voller bzw. nahezu voller Leistung marktgetrieben einspeist bzw. neben RDK 4S ebenfalls zum Redispatch herangezogen wird, stünde nicht genügend zusätzliche Leistung zur Verfügung, um die stilllegungsbedingte Nichtverfügbarkeit von RDK 4S auszugleichen.
- 4) Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin darf die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Nennleistung des Kraftwerksblocks RDK 4S am Standort Karlsruhe beziehen, die physikalisch für die Netzstabilitätsmaßnahmen der Übertragungsnetzbetreiber herangezogen werden kann, da deren gesamte Verfügbarkeit auch in der o.g. Bedarfsfeststellung als notwendig erachtet wurde.
- 5) In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Dabei soll die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG grundsätzlich eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Obwohl die Antragstellerin ihren Antrag zeitlich nicht starr befristet hat, sondern einen Zeitraum bis „mindestens“ zum 31.03.2025 nennt, ist kein längerer Zeitraum zu gewähren. Die Bundesnetzagentur darf die Systemrelevanzausweisung nur für eine Dauer genehmigen, für den der systemverantwortliche Übertragungsnetzbetreiber die Systemrelevanz auch verbindlich und nachvollziehbar festgestellt hat. Die Antragstellerin hat diesbezüglich keine substantiierten Ausführungen gemacht und insbesondere offengelassen, bis zu welchem Zeitpunkt über den 31.03.2025 hinaus sie die Systemrelevanz als gegeben ansieht. Diesbezügliche Nachweise fehlen, sodass eine über den 31.03.2025 hinausgehende Genehmigung nicht angezeigt war.
- 6) Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 02.11.2021

Im Auftrag

A large black rectangular redaction box covering the signature of Dr. Franziska Adamek.

Dr. Franziska Adamek
(Referatsleiterin 626 – Versorgungssicherheit Strom)